

Antrag 129/I/2019**KDV Charlottenburg-Wilmersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Seenotrettung ist kein Verbrechen**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder im Bun-
2 destag, Bundesregierung und Europaparlament auf, sich
3 umgehend für folgende Ziele einzusetzen:

- 4 1. Solidarisierung mit allen Menschen auf der Flucht
- 5 2. Schaffung von sicheren Fluchtwegen auf deutscher
6 und europäischer Ebene
- 7 3. Menschenwürdige Aufnahme in Europa für Men-
8 schen, die fliehen mussten
- 9 4. Entkriminalisierung von Seenotretter*innen

10

11 Wir begrüßen die Bemühungen des Berliner Senats aus-
12 drücklich, Berlin als sicheren Hafen anzubieten.

13

14 Um mittelfristig dem globalen Megatrend Migration und
15 der Rekordzahl an Flüchtlingen weltweit gerecht zu wer-
16 den, bedarf es umfassender Reformen auf europäischer
17 Ebene.

18

19 Dazu zählen:

- 20 • ein humanitäres Seenotrettungsprogramm der EU,
21 das nicht vom Militär getragen wird und nicht mehr
22 die Seenotrettung libyschen Söldner*innen über-
23 lässt
- 24 • ein neues Dublin-System, das Anrainer entlastet
25 und für eine gleichmäßige Verteilung sorgt
- 26 • eine breite europäische Debatte mit dem Ziel eines
27 europäischen Asyl- und Einwanderungsgesetzes
- 28 • die Einrichtung eines europäischen Integrations-
29 fonds, um alle Mitgliedsländer in die Lage zu verset-
30 zen, eingewanderten und geflüchteten Menschen
31 ein Recht auf Integration zu ermöglichen

32

33

Begründung

35 Aktuell (26.1.2019) befindet sich genau noch ein ziviles Ret-
36 tungsschiff auf dem Mittelmeer, um Men-schen in See-
37 not zu retten. Alle anderen Schiffe wurden entweder be-
38 schlagnahmt oder haben durch behördliche Gängelungen
39 in Italien, finanzielle Schwierigkeiten. In der Zwischenzeit
40 sind in der ersten Januarhälfte über 200 Menschen im
41 Mittelmeer ertrunken. Statt Menschen auf dem Mittel-
42 meer sterben zu lassen, brauchen wir mehr sichere Häfen,
43 mehr solidarische Städte und ein offenes Europa und ein
44 Ende der Kriminalisierung von Seenotretter*innen.

45

46 Es muss die Einsicht in Partei und Gesellschaft greifen,
47 dass Abschottung, Menschen nicht davon abhält, den ge-
48 fährlichen Fluchtweg über das Mittelmeer anzutreten -
49 auch wenn viele, diesen Weg nicht überleben. Menschen

**Empfehlung der Antragskommission: Erledigt durch Be-
schlusslage (Konsens)**

50 zur Abschreckung sterben zu lassen, kann niemals mit den
51 humanistischen Werten Europas vereinbar sein!
52
53 Darüber hinaus muss die EU im Bereich Flucht und Ein-
54 wanderung grundlegend reformiert werden. Es ist nur ei-
55 ne Frage der Zeit, bis die Flüchtlingsaufnahme nach dem
56 aktuellen Dublin III System wieder zu einer Überforderung
57 in den Anrainer Staaten führen wird - wie Mitte dieses
58 Jahrzehnts. Spätestens dann, wenn die Türkei das Abkom-
59 men mit der EU nicht mehr einhalten wird können. Die
60 aktuelle Instabilität der Türkei (wirtschaftliche und politi-
61 sche) sollte deshalb Anlass genug sein, für Reformen zu
62 sorgen.
63